

Polizeigewerkschafter polarisiert

Manuel Ostermann spricht auf CDU-Veranstaltung über Migration und Innere Sicherheit / Protest in Gladenbach

Von Sascha Valentin

Quelle: Oberhessische Presse vom 10.03.2026

Seine teils provokativen Aussagen polarisieren und bringen ihm immer wieder Kritik ein – und dennoch oder gerade auch deswegen habe sie sich entschieden, Manuel Ostermann trotzdem zu einem Vortrag nach Gladenbach einzuladen, erklärt Marie-Sophie Künkel, Landtagsabgeordnete und Spitzenkandidatin der CDU für den Kreistag. Denn unbequeme Dinge nicht totzuschweigen, sondern sie zu benennen und dazu zu stehen, sei einer der Grundzüge der Demokratie.

Dass der stellvertretende Bundesvorsitzende der Bundespolizeigewerkschaft (DPolG) mit seiner Meinung nicht hinter dem Berg hält, zeigt er gleich zu Beginn seiner Rede, als er sich dem Dutzend Demonstranten vor dem Haus des Gastes widmet.

Dem Bündnis aus Linksjugend, Jusos, Sozialistischem Deutschen Studentenbund (SDS), Grüner Jugend (GJ) und „Schüdis gegen rechts“ attestiert er, „nicht demokratisch zu ticken“, sondern das Privileg der Meinungs- und Versammlungsfreiheit auszunutzen und sich mit jenen („Mullah-Liebhabern“) zu verbünden, die diese demokratischen Privilegien untergraben wollen.

Ostermann: Viele Menschen äußern sich aus Angst nicht

Ostermanns These: „Der Linksextremismus ist das größte Problem für die Demokratie in unserem Land und der Islamismus die größte Gefahr für Leib und Leben.“ Aus zahlreichen Gesprächen wisse er, dass auch viele andere Bürger so empfänden, sagt der 35-Jährige. Nur würden sie diese Meinung aufgrund befürchteter Ächtung und sozialer Repression nicht öffentlich äußern. Ein Problem, an dem das gesamte System kranke.

Einen Beleg dafür findet Ostermann in der seiner Meinung nach gescheiterten Migrationspolitik: „Die Migrationskrise ist eine Kriminalitätskrise – wer das leugnet, mit dem ist keine Politik zu machen“, betont er und führt Kriminalstatistiken an, wie oft Ausländer in Gewalttaten involviert sind. Aber dann auch noch den Menschen ein gesunkenes Sicherheitsempfinden abzusprechen, sei geradezu verwerflich.

„Diese Politik der politischen Korrektheit zerstört Deutschland und führt zum Frontalcrash.“ Es sei falsch, sich nur auf den Rechtsextremismus zu beschränken, während „der Linksextremismus hofiert wird“ und seine Vertreter durch ihr Verhalten das Ansehen des Bundestags beschmutzen. „Entweder wir bekämpfen den Extremismus allumfassend oder der Extremismus gefährdet unsere Demokratie“, sagte Ostermann.

Er habe viele Gespräche mit iranischen Frauen geführt, die alles verloren und ihr Leben aufs Spiel gesetzt haben, um hierherzukommen. Und diese Frauen würden nun miterleben, wie dieselben Männer, die sie dort unterdrückt haben, hier frei walten können.

„Liebes Deutschland, ihr seid auf dem Weg dorthin, wovor wir geflohen sind“, habe ihm eine Frau aus dem Iran gesagt. Die Migrationskrise sei nur gesamteuropäisch lösbar, erwidert Ostermann auf eine Nachfrage aus dem Publikum. Aber dabei sei Deutschland zu blauäugig. „Niemand bleibt in Polen oder Italien, wenn er hier bei uns Geld kriegt“, erklärt er und ergänzt, dass Geflüchteten „Bett, Brot und Seife“ zustehen, also deren existenzielle Bedürfnisse gedeckt werden sollten.

Die Aussicht hingegen, Geld gezahlt zu bekommen, locke auch Migranten, die eigentlich gar kein Asylrecht hätten, weil sie nicht politisch verfolgt würden. „Wenn wir das Geld streichen würden, würde sich das Problem schnell von selbst lösen“, sagt Ostermann, der deswegen auch für eine Reform des Asylrechts und die Abschaffung des Individualrechts plädiert, nach dem jeder politisch Verfolgte einen individuellen Anspruch auf Asyl hat, der gerichtlich durchsetzbar ist. Migration müsse ein Thema auf Zeit sein, das endet, wenn der Grund für die politische Verfolgung endet, betont Ostermann.

Deutschland jedoch begehe den Fehler, alle Menschen integrieren zu wollen, was schon infrastrukturell gar nicht möglich sei. Stattdessen macht Ostermann seine Auffassung klar: Wer eine Straftat begehe oder sich nicht anpassen wolle, der gehöre sofort ausgewiesen und abgeschoben, und sollte er wieder einzureisen versuchen, sollte er inhaftiert werden.

Eine Absage erteilte der Polizeigewerkschaftler hingegen dem Vorschlag eines Zuschauers, dass Bürgerwehren das Sicherheitsgefühl wieder stärken könnten. „Das lassen wir mal lieber“, sagt Ostermann. Stattdessen sollte der kommunale Vollzugsdienst gestärkt und mit zusätzlichen rechtlichen Befugnissen ausgestattet werden.

Der Artikel bedarf einiger Anmerkungen:

- Herr Ostermann wird als „Gewerkschafter“ bezeichnet, ist aber Funktionär einer Organisation des Deutschen Beamtenbundes mit dem Namen „Deutsche Polizeigewerkschaft“ (DpolG). Im DGB ist für Polizist:innen die „Gewerkschaft der Polizei“ (GdP) zuständig.
- Die Flüchtlingshilfe Gladenbach betreut ein bundesweit geschätztes Azubi-Projekt, das junge Asylsuchende beim Weg in qualifizierte Berufe begleitet. Dabei geht es um friedliches Zusammenleben in sozialer Sicherheit und weder um Migrations- noch um Kriminalitätskrise.
- Das Individualrecht auf Asyl ist im Grundgesetz und in der Genfer Flüchtlingskonvention verankert. Damit sollte dauerhaft verhindert werden, was im Faschismus mit Juden und anderen verfolgten Menschen geschehen ist. Sie wurden von vielen Staaten nicht als Flüchtlinge aufgenommen, sondern in den faschistischen Terror zurückgeschickt.
- Die jungen Menschen vor dem Haus des Gastes in Gladenbach haben gegen Herrn Ostermanns abstruse Thesen demonstriert, keinesfalls für irgendwelche Mullahs. Damit haben sie ein Grundrecht ausgeübt, das von der Polizei und der staatlichen Gewalt insgesamt geschützt werden muss.

